

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- M., vierteljährlich 5,- M., halbjährlich 10,- M., jährlich 20,- M. (Postgebühr 1,- M.). Einzelhefte 10 Pf. Die Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit herabgesetzt. Für die Anzeigen der Wilsdruffer Zeitung u. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit herabgesetzt. Für die Anzeigen der Wilsdruffer Zeitung u. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit herabgesetzt. Für die Anzeigen der Wilsdruffer Zeitung u. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 41 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 18. Februar 1935

Deutschland steht bereit.

„Wenn wir die deutsche Unterstützung erhalten können, dann haben wir Aussicht auf Schaffung einer neuen Sicherheit in Europa“, — das gerade der frühere langjährige Außenminister Englands, Austin Chamberlain, es ist, der mit diesem Satz die Antwort der deutschen Regierung auf die Londoner Konferenzvorschlüsse kommentiert, ist das beste Zeugnis dafür, daß man auch in London eingesehen hat: Mit der rein negativen Politik des „Anti-Hitlerismus“, darf man sich nachgerade vor der Welt nicht mehr sehen lassen! Auch im Ausland verlangen die Völker von den Leitern ihrer Geschichte eine positive Stellungnahme zu dem, was ist, nämlich das nationalsozialistische Deutschland, das doch immer das Herz Europas war und bleibt, — und zwar nicht bloß geographisch! Austin Chamberlain ist — wie seine häufigen Reden im Unterhaus bewiesen — keineswegs ein Freund dieses neuen Deutschland. Es mag sich für ihn angenehmer und leichter mit Briand und dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann geplaudert haben, als sie alle drei auf dem See von Lugano, an Bord des Motorbootes „Orangensblüte“, sich über das einigten, was seit neun Jahren die Welt als den Vertrag von Locarno kennt. Aber auch Chamberlain hat, wie fünfundsiebzig Jahre zuvor sein größerer Vater, Joe Chamberlain, erkennen müssen, daß es auch für die heutige deutsche Politik nur einen Ausgangspunkt und eine bestimmende Methode gibt: Die bringen wir Deutschland in der Welt voran, das Deutschland von heute. Daher hat die deutsche Regierung auch erklärt, daß es zu begrüßen wäre, wenn — nach den vorhergegangenen britisch-französischen Besprechungen — zunächst die britisch-französischen Regierungen als diejenigen Teilnehmer an den Londoner Besprechungen, die zugleich Sarant von Locarno ist, bereit wäre, hierüber in einen unmittelbaren Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung zu treten. Damit ist gesagt, daß die Londoner Vorschläge sofort und an einem besonders hervorstechenden Punkt in Angriff genommen werden sollen und auch können. Diese direkte Aufforderung an die Adressat London ist so deutlich, daß sie an sich schon allen überwollenden Mutmaßungen in der Auslandspresse entgegenwirken dürfte, die deutsche Antwort bedeute einen gegenwärtigen „Schachzug“. Denn er geht auf den Kern diplomatischen Schachzuges. Denn er geht auf den Kern der ganzen Sache los, den auch Austin Chamberlain verdrückt, wenn es in der deutschen Antwort heißt, die Reichsregierung „sei grundsätzlich bereit, ihre Lustfreitkräfte als Abschreckungsmittel gegen Friedensstörungen einzusetzen“. Und man müsse darüber verhandeln, an welchen Stellen eine entsprechende Vereinbarung der Welt werden könne, die — und darin gipfelt die deutsche Antwort — „die größtmögliche Sicherheit aller Unterzeichner verbürgt“.

Gerade darum darf man als Deutscher noch einmal Sir Austin Chamberlain — ohne die innenpolitischen Absichten seiner Rede zu berühren — auch in einem zweiten Satz zitieren: „Wenn wir den Beistand einer oder mehrerer der großen weltläufigen Lustfreitkräfte im Falle des Angriffs auf unser Gebiet erhalten wollen, dann müssen auch wir in der Lage sein, im Falle, daß sie angegriffen werden, ihnen eine entsprechende Hilfe zu leisten.“ Wenn also das vor drei Jahren abgeschlossene „Locarno“ im Sinne der heutigen militärischen Machtmittel und der Londoner Vorschläge „korrigiert“ werden soll, dann kann es nur die französische Presse überraschen, daß Deutschland Lustfreitkräfte überhaupt haben muß, um als gleichberechtigter Partner in einem solchen Pakt Stellung zu haben. Deswegen hat aber auch der Pariser „Temps“ durchaus recht, wenn er zur deutschen Antwort schreibt, die „Lustfreitkräfte“ sei nur ein Teil des Gesamtplanes, und man könne sie nicht für sich „allgemein abschließen“.

Doch schon dieser Hinweis der deutschen Antwort auf den Kern der ganzen Sache — nämlich die deutsche Gleichberechtigung in der Frage der Sicherheit — hat in Paris stark verschluckt. Das ist aber mehr eine Angelegenheit der Taktik. Denn der verantwortliche Außenminister Laval hat, laut Mitteilung eines Pariser Blattes, darauf hingewiesen, daß die deutsche Antwort „keine Möglichkeit ausschließe“. Aber wenn er weiter sagte, die Antwort „bringe auch nicht den geringsten greifbaren Beweis des wirklichen Wunsches Deutschlands, am internationalen Leben teilzunehmen“, so darf man Herrn Laval mit einem französischen Sprichwort begegnen: „Qui trop embrasse, mal étire“, also wer sich zu viel vornimmt, dem mißlingt alles“. Gerade das aber vermeidet die deutsche Antwort.

Das erkennt man übrigens auch in London. Jemandem muß die ganze Sache doch nun praktisch angepaßt werden! Und es widerspricht durchaus nicht den deutschen Ansichten und Absichten, daß, wie ein maßgebendes Londoner Blatt schreibt, „das geplante Lustabkommen soll in den Rahmen eines allgemeinen europäischen Sicherheitsplans eingepaßt werden“. Und sogar die maßgebende französische Wirtschaftszeitung verschließt sich

Die „vier Säulen“ des europäischen Friedens.

Große außenpolitische Rede Hulls.

Staatssekretär Hull hielt in New York eine politische Ansprache über die amerikanische Außenpolitik. Er stellte zum ersten Male die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik in vier deutlich getrennten Gruppen

ein, deren jeder gegenüber er eine verschiedene Haltung einnimmt. An erster Stelle steht für ihn Kanada und gleichzeitig das ganze Britische Reich, dem er gleich zu Beginn seiner Rede herzliche Grüße übermittelt. Er spricht von gemeinsamer Erbschaft und tiefer Hingabe an die Ideale Frieden, Gerechtigkeit und Fairness. — Weiterhin versichert er, daß

Amerika seine „splendid isolation“ aufgegeben habe,

daß es keinerlei imperialistische Ziele verfolge, sondern in Frieden und Vertrauen mit anderen Völkern zusammenarbeiten wolle. Die zweite Gruppe ist für ihn Lateinamerika, dem er nochmals die Gefühle des guten Nachbarn ausdrückt und freundschaftliche Zusammenarbeit zum gemeinsamen Nutzen zusichert.

Die dritte Gruppe ist Europa, worunter Hull den europäischen Kontinent versteht. Es halte sich von den politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Ländern fern, aber es nehme tiefen Anteil an dem Frieden und der Stabilität innerhalb Europas und daher beteilige es sich an den vereinten Bemühungen, diese Ziele zu erreichen oder zu sichern.

Als die vier Säulen dieser Teilnahme bezeichnete Hull erhebt den Kellogg-Pakt, zweitens die Bereitwilligkeit Amerikas auf einem Nichtangriffspakt, drittens Amerikas Entschluß, sich bei drohender Kriegsgefahr mit anderen Nationen zu beraten, viertens Amerikas Zugeständnis, auf neutrale Rechte zu verzichten und Maßnahmen anderer Nationen gegen einen Angreifer nicht zu durchkreuzen, sobald es selbst und unabhängig zu der Absicht gekommen sei, daß der betreffende Staat der Angreifer sei.

Das Betreffende müsse ausgeschaltet werden, und diese Ausschaltung sei die wesentliche Vorbedingung für Amerikas Mitarbeit an obigen politischen Maßnahmen.

Als letzte Gruppe bezeichnete Hull den Fernen Osten. Die Tradition der amerikanischen Fernostpolitik sei die offene Tür. Das Ziel der Vereinigten Staaten sei die Erhaltung von Frieden und Stabilität in Ostasien sowie auf dem Stillen Ozean. Nur, Amerika erstrebe Frieden in diesen vier größeren Abteilungen der amerikanischen Außenpolitik, einen Frieden zwischen Freunden, die ihre Unabhängigkeit nicht gewalttätig und doch nicht unbedingt störender Rüstungen verbannten, sondern friedlichem Leben und Rechen in politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Vor einer neuen Konferenz Simon-Laval?

Wie aus unterrichteter Quelle in Paris verlautet, werden die Außenminister Frankreichs und Englands noch im Laufe des Monats Februar, aber erst nach dem in der nächsten Woche erwarteten Besuch des österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg, zur Verantwortung über die durch die deutsche Antwortnote geschaffene Lage und die Weiterführung der internationalen Verhandlungen im Sinne des Londoner Programms zusammenzutreffen. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß wahrscheinlich gemeinsam von England und Frankreich in kurzer Zeit an die an dem Londoner Programm interessierten Mächte die Einladung zu einer Konferenz entweder in London oder in Genf ergehen

nicht der Ansicht, die deutsche Antwort sei ein „Ausgangspunkt für Verhandlungen“, von denen man sich allerdings auch in Paris nicht verheißt, daß sie „lange dauern und gewisse Schwierigkeiten bringen würden“.

Wenn schließlich der Pariser „Matin“, dem man wirklich keinerlei Vorliebe für Deutschland nachsagen kann, nun auch zur deutschen Antwort erklärt, daß „das Tor offen bleibe für alle, die guten Willens sind“, so bedarf es dieser Mahnung an die deutsche Regierung gewiß nicht! Denn alle Vorschläge werden von ihr „im Geiste überzeugten Friedenswillens“ geprüft werden, aber auch von der „Sorge um die Sicherheit des Deutschen Reiches in seiner geographisch besonders exponierten Lage im Herzen Europas“.

werde. Weiter erfährt man, daß der Cuni d'Orsay wahrscheinlich in den nächsten Tagen in Berlin erneut um Verantwortung der französischen Note über den Ostpakt bitten wird, da dieses Problem in dem deutschen Dokument nicht erwähnt worden ist. Von den Stimmen der Presse zu der deutschen Antwortnote ist noch der offiziöse Temps hervorzuheben, der sagt, daß die einzige praktische Schlussfolgerung, die man aus der deutschen Antwort ziehen könne, die sei, daß die Verhandlungsmöglichkeiten weiter beständen, und daß die Tür zu einer nützlichen Aussprache nicht geschlossen sei.

„Ein moralischer Erfolg für Hitler.“

Günstiger Eindruck der deutschen Antwort in den Vereinigten Staaten.

Obwohl sich die amerikanische Regierung naturgemäß jeder Einmischung in die schwebenden europäischen Fragen enthält, so ist doch unverkennbar, daß die deutsche Antwort auf die englisch-französischen Vorschläge einen günstigen Eindruck gemacht hat. Man sieht in ihr einen praktischen Beweis für Deutschlands Willen zu gemeinsamer Friedensarbeit. Die Tatsache, daß England und Frankreich der Reichsregierung ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Luftabwehr vorgeschlagen haben, wird als außerordentliches moralisches Erfolg für Hitler gewertet. Man ist in amerikanischen politischen Kreisen im Interesse einer Förderung des Abrüstungsgebändens für jede staatsmännische Tat, wie sie die deutsche Antwort darstellt, dankbar. Es wird hoch anerkannt, daß Deutschland die ausgestreckte Hand der früheren Feinde ergreift und so die Hoffnung auf eine baldige Einigung erweckt.

„Ohne Deutschland kann es keinen Frieden geben“.

London, 17. Februar. Die deutsche Antwortnote auf das englisch-französische Protokoll nimmt das wichtigste politische Ereignis der vergangenen Woche den ersten Platz in der englischen Sonntagspresse ein. Eine eingehende Prüfung der deutschen Antwort veranlaßt die Blätter zu einer günstigeren und großzügigeren Beurteilung der Lage, als dies noch am Sonnabend der Fall war. Das Eingehen Deutschlands auf den Luftpaktplan und die allgemeine Verhandlungsbereitschaft der deutschen Regierung werden als optimistisches Vorzeichen für die kommenden Verhandlungen bewertet, wenn auch die von Seiten Frankreichs zu erwartenden Schwierigkeiten keineswegs unterschätzt werden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ meldet, daß der Meinungs-austausch über die deutsche Note zwischen London und Paris bereits im Gange sei. Es sei klar, daß die französische Regierung bis zu einem gewissen Grade bedauere, daß in der Note die Abrüstung und der Völkerverbund nicht erwähnt werden. Andererseits sei es aber noch nicht klar, ob sich die französische Regierung über die taktischen Fragen schlüssig geworden sei, ob der getrennte Abschluß eines Luftpactes die Erzielung eines allgemeinen Sicherheitsplans fördern oder aber auschiebend beeinflussen werde. Die britische Regierung neigt ihrerseits zu der Ansicht, daß diese schwierige Frage im gegenwärtigen Augenblick noch gar nicht akut sei, denn die deutsche Note sei in ihrer unmittelbaren praktischen Wirkung lediglich eine Forderung nach einer genaueren Darlegung der englischen und französischen Absichten. Allerdings sei die englische Regierung durch die Bedingungen der englisch-französischen Erklärung vom 3. 2. durchaus auf eine „allgemeine Regelung“ festgelegt, in die der Luftpakt eingebaut werden müsse. Nach Ansicht Londons sei aber der Weg jetzt frei für die weiteren Verhandlungen und daher wäre es die richtige Taktik, mit denjenigen Punkten zu beginnen, über die am ehesten eine Vereinbarung erzielt werden könne. Die englische Regierung betrachte es als befriedigend, daß der deutsche Text keinen Teil der Londoner Vorschläge von den allgemeinen Verhandlungen ausschließe, die jetzt siberlich in der einen oder anderen Frage zwischen den fünf beteiligten Parteien stattfinden würden. In der Tat hätte man zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwarten können, daß die deutsche Regierung in ihrer Stellungnahme weiter gebe als dies der Fall sei. Indem sich Deutschland bereit erkläre, über eine allgemeine europäische Regelung zu verhandeln, habe es den ersten Schritt zu einer Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten getan. In einem Leitartikel des „Observer“ heißt es u. a., es

ndienst
schaft
dieren
t hat.
Deut-
en der



ndienst

ndienst
in An-
ber-
t Che-
n ver-
werden